Exped. u. Redaktion Dresden-Neustadt Meißner Gasse 8.

Die Zeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh.

Abonnements-Preis: vierteljährl. M. 1,50.

Zu beziehen durch die kaiserlichen Postanstalten und durch unsere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch eine Gebühr von 25 Pfg.

Sächsische Dorfzeitung.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Amtsblatt für die kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für die Ortschaften des kgl. Amtsgerichts Dresden, sowie für die kgl. Forstrentämter Dresden, Tharandt und Moritzburg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger Herrmann Müller in Dresden.

Inserate werden bis Montag, Mittwoch u. Freitag Mittag angenommen und kosten: die 1spalt. Zeile 15 Pf. Unter Eingesandt: 30 Pf.

Inseraten-Annahmestellen: Die Arnoldische Buchhandlung, Invalidendank, Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, G. L. Daube & Co. in Dresden, Leipzig, Hamburg, Berlin, Frankfurt a/M. u. s. w.

Nr. 90. Donnerstag, den 4. August 1881. 43. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die „Sächsische Dorfzeitung" für die Monate August und September nehmen alle kaiserliche Postanstalten und Postexpeditionen gegen Vorausbezahlung von 1 Mark entgegen. Die bereits erschienenen Nummern werden, soweit möglich, nachgeliefert.

Die Verlags-Expedition.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Im neuen Reichstage wird der Kampf gegen die Civilehe mit zu den interessantesten Phasen gehören, weil der rechte Flügel der Konservativen sich durchaus nicht mit den bisherigen unverfänglichen und beruhigenden Ergebnissen dieser wichtigen Einrichtung zufrieden geben will. Im Bundesrathe fanden die während der letzten Reichstagssession eingegangenen Petitionen gegen die Civilehe so gut wie gar keine Zustimmung. Man hielt an dem Motiv fest, welches für die Einführung der obligatorischen Civilehe maßgebend war, daß der römischen Kurie der Anspruch bestritten werden müsse, das bürgerliche Familienrecht den Satzungen des kanonischen Rechtes unterzuordnen. Das hielt der Justizausschuß des Bundesrathes für um so wichtiger, weil „die aus diesen Bestrebungen, wie aus der Schärfung der konfessionellen Gegensätze überhaupt erwachsenen Anforderungen, welche es in manchen Fällen selbst den Angehörigen einer und derselben Konfession, um wie viel mehr den Bekennern verschiedener Bekenntnisse unmöglich machten, zur Eheschließung zu gelangen, ohne einem Gewissenszwange zu unterliegen, sich immer mehr noch zu erweitern drohen". Das Reichsgesetz über das Standesamtswesen, ursprünglich gegen die Ansprüche der römischen Kirche gerichtet, erfährt, nachdem sich dasselbe eingebürgert hat, von dem ultramontanen Centrum keinen erheblichen Widerstand mehr, so daß es besonderer Koncessionen von den Konservativen bedürfte, wenn das Centrum sich entschließen sollte, sich an dem bei dem nächsten Reichstage beabsichtigten nochmaligen Sturmlauf gegen die Civilehe zu betheiligen. Herr v. Puttkammer versucht es, den Konservativen entgegenzukommen und das Standesamtswesen so zu reformiren, daß sie dasselbe unbedenklich finden, die Koncessionen an das Centrum sparen und die preußische Regierung mit nochmaliger Behandlung dieser Frage im Bundesrathe verschonen können. Wenn aber auf den Vorschlag des preußischen Kultusministers alle die Tausende, welche jetzt die Civilstandsregister ehrenamtlich führen, und zwar zur Zufriedenheit des Publikums und unter vollster Wahrung des öffentlichen Interesses, durch Staatsbeamte ersetzt werden sollen, und wenn diese die neuen Funktionen auch nur als Nebenamt übernehmen, so würde das den Etat mit mehreren Millionen dauernder Ausgaben belasten — eine Verwendung der öffentlichen Gelder, die doch wahrlich in der Aera der Steuerreformprojekte besser motivirt werden müßte, als bisher geschehen ist, und die auch von konservativer Seite nicht gebilligt werden kann. Jedenfalls ist das Institut der Civilehe ernstlich bedroht, entweder durch einen konservativ-klerikalen Ansturm im Reichstage, oder auch durch die von Herrn v. Puttkammer und in den ihm zu Gebote stehenden preußischen Blättern aufgestellte Behauptung, daß die ehrenamtliche Verwaltung der Standesämter zu Unzuträglichkeiten führe und abgestellt werden müsse. In Sachsen ist eine solche Klage über die Standesbeamten nicht laut geworden.

Nachdem die Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich erfolgt sein wird, begiebt sich der deutsche Kaiser von Gastein aus direkt nach Koblenz zur Kaiserin. Daselbst dürfte Kaiser Wilhelm längere Zeit, vielleicht bis zu dem Beginne der Herbstmanöver, also etwa bis zum Anfang des Monats September, verweilen, so daß voraussichtlich in diesem Sommer der sonst gewohnte Aufenthalt auf Schloß Babelsberg unterbleiben wird. Das am 31. Juli von den Aerzten der Kaiserin veröffentlichte Bulletin bestätigt im Allgemeinen den in dem Berichte vom 17. v. M. angekündigten Verlauf des Krankheitsprocesses. Die Operationsstelle ist fast vollständig geheilt. Die Hebung der Kräfte, obwohl unverkennbar, nimmt jedoch einen äußerst langsamen Fortgang, so daß noch für geraume Zeit absolute Ruhe und große Schonung geboten erscheint. Die früher erwähnten Störungen dauern, wenn auch verringert, noch fort und verhindern bis jetzt die vollständige Rekonvalescenz, deren Eintritt indessen entgegengesehen werden darf.

Am 31. Juli hat die Verlobung des Erbprinzen von Schaumburg-Lippe mit der Prinzessin Marie Anna von Altenburg stattgefunden.

Außer dem bereits erwähnten dem Reichskanzler aus Hamburg zugegangenen Drohbriefe ist zugleich ein zweites ähnliches Schreiben aus Frankfurt a. M. eingetroffen, in welchem dem Fürsten Bismarck angekündigt wird, „daß dreizehn Männer zusammengetreten seien, welche sich das Wort gegeben hätten, den Fürsten Bismarck ums Leben zu bringen und entschlossen wären, Einer nach dem Andern ein Attentat zu begehen, wenn die ersten Versuche mißlingen sollten." Wie die „Nordd. Allg. Ztg." erfährt, sind beide Drohbriefe dem Justizminister vorgelegt worden, damit die Staatsanwaltschaft Erhebungen über die anonymen Absender anstelle und ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werde. Dieses Mal unterläßt es die „Nordd. Allg. Ztg." für die infame Drohung die Fortschrittspartei verantwortlich zu machen, offenbar weil die taktlose Fruktificirung des ersten Drohbriefes von allen Seiten die herbste Mißbilligung erfahren hat. Ein Zweck der Veröffentlichung der beiden eben so frechen als albernen Drohbriefe läßt sich trotzdem nicht absehen, da dieselbe der Untersuchung nur hinderlich sein und erst gefährliche Folgen hervorrufen kann.

König Kalakaua, in Berlin momentan der Löwe des Tages, nimmt daselbst alle Sehenswürdigkeiten in Augenschein und scheint seine Zeit trefflich auszunützen. Am Sonntag stattete er die officiellen Besuche bei den Prinzen Karl und Wilhelm in Glienike und Potsdam ab und wohnte am Montag den Schießübungen der Feld-Artillerie in Tegel bei. Am Dienstag war der Beherrscher der Sandwich-Inseln bei dem Exerciren auf dem Tempelhofer Felde, besichtigte sodann das Hauptfeuerwehrdepot und fuhr abends nach Essen, um die Fabrikation der Riesengeschütze bei Krupp in Augenschein zu nehmen, kehrte aber schon am Mittwoch nach Berlin zurück. Die Abreise von Berlin und zwar direkt nach Wien und ohne Aufenthalt in Dresden, ist vorläufig auf Donnerstag festgesetzt. Von Wien aus gedenkt König Kalakaua nach Gastein zu reisen, um dem deutschen Kaiser seinen Besuch abzustatten.

Am Sonntag ist das Mandat des am 30. Juli 1878 gewählten deutschen Reichstags erloschen. Die Reichsverfassung enthält zwar über den Termin der Neuwahlen keine Bestimmung, indessen erachtet man, da die Regierungen von Hessen und Baiern bereits Wahlvorbereitungen treffen, die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß das kaiserliche Dekret bezüglich Einberufung der Wähler schon in den nächsten Tagen erscheinen könnte. In Rücksicht auf diese Eventualität schreibt die „Liberale Korrespondenz": „Nachrichten, welche uns von verschiedenen Seiten zugehen, lassen es als möglich erscheinen, daß die Wahlen zum Reichstage früher angeordnet werden, als bisher angenommen wurde. Alle Anstalten werden wenigstens dahin getroffen, daß die Wahlen noch im September stattfinden können. Möge man also seitens unserer politischen Freunde alle Vorbereitungen so weit treffen, daß man nicht überrascht wird."

Bei der Aufstellung des Wahlprogramms der nationalliberalen Partei im Großherzogthum Baden fand der Passus, der sich gegen die Einführung des Tabaksmonopols richtet, nur gegen eine erhebliche Opposition Aufnahme. Es ist bemerkenswerth, daß gerade in dem Bundesstaate, in welchem der Tabaksbau am meisten blüht, in Baden, eine starke Agitation für das Monopol im Gange ist. Schon seit einem

Feuilleton.

Wer ist schuldig?

Erzählung von **Friedrich Friedrich.**

(21. Fortsetzung.)

Heinrich blickte die Geliebte forschend an, ihr Auge sah indeß so unbefangen, nur sein eigenes Bild spiegelte sich darin wieder.

„Nein, nein!" rief er fast heiter, „ich habe noch keinen Verdacht!"

Er erfaßt Toni's Hand und zog sie, ein anderes Gespräch beginnend, mit sich fort.

„Ich bin gekommen, um die kurze Zeit, welche mir vergönnt ist, ganz Dir zu gehören!" rief er.

„Deine Zeit ist immer kurz, wenn Du zu mir kommst!" entgegnet Toni mit scherzhaftem Schmollen.

„Ich bin in Gedanken ja immer bei Dir", fuhr Heinrich fort. „Mache die Menschen besser, damit sie uns armen Polizeimenschen weniger zu schaffen geben, dann werde ich auch mehr Zeit gewinnen. Unsereiner kommt nie zur Ruhe, das eine Verbrechen folgt dem andern. Der ältere Loppin ist während der Nacht aus dem Bade zurückgekehrt, ist er bereits bei Euch gewesen?" fügte er fragend hinzu.

„Nein", gab Toni zur Antwort. „Der Vater sehnt sich auch nicht nach ihm."

„Hätte er ihm nur früher mißtraut — doch still hiervon!" rief er, sich selbst unterbrechend, „wir wollen ja uns gehören!"

Und eine kurze Zeit lang gab er sich ganz dem Glücke seiner Liebe hin, dann riß er sich los, um zur Stadt zurückzukehren.

Als er an dem Fabrikhofe vorüber schritt, bemerkte er Arthur neben den Trümmern stehend und trat zu ihm.

Schweigend reichte Arthur ihm die Hand und drückte die seinige fest.

„Dies, dies hatte ich nicht erwartet, als ich vor wenigen Tagen abreiste!" sprach er, mit der linken Hand auf die Trümmer deutend. „Es ist ein harter Schlag, der mir manche Hoffnung vereitelt."

„Sie werden auch ihn überwinden", bemerkte Heinrich.

„Ich, ja!" fuhr Arthur fort. „Als ich die Depesche erhielt, war ich fast bis zum Tode erschreckt, noch mehr als meine Frau. Auf der ganzen Reise hierher sah ich im Geiste immer nur wild emporlodernde Flammen, aber ich bin bis zu dieser Stunde noch nicht dazu gekommen, an meinen eigenen Schaden zu denken. Ich kann denselben, wenn er auch bedeutend ist, überwinden und verschmerzen; viel schwerer sind die armen Arbeiter dadurch betroffen — sie sind brotlos geworden und ich bin augenblicklich außer Stande, irgend etwas für sie zu thun.

„Es wäre auch unbillig, eine solche Forderung an Sie zu stellen," bemerkte Heinrich.

„Ich selbst stelle sie an mich," fuhr Arthur fort. „Ich hatte das Wohl der Arbeiter im Sinne — Sie kennen ja das Verhältniß, in welchem ich zu denselben stand, die Arbeiter setzten ihr ganzes Vertrauen auf mich, ich wollte versuchen, ihnen eine ganz neue Lebensstellung zu schaffen; das Alles ist nun dahin, die ganze Idee muß in den Augen der Arbeiter einen schweren Stoß erleiden, — solch ein Unglück war nicht mit in meine Berechnung gezogen."

„Was man nicht selbst verschuldet hat, kann man ruhiger ertragen," warf Heinrich ein.

„Dies ist auch mein einziger Trost und doch schwindet derselbe wieder, wenn ich bedenke, daß alle meine Hoffnungen und Pläne durch ein einziges Bubenstück vernichtet sind."

Heinrich beobachtete Arthur scharf.

„Ich habe soeben den Arbeiter Wendel verhaften lassen", sprach er.

Es entging ihm nicht, daß Arthur's Auge freudig aufleuchtete.

„Der Mensch hat Hunderte unglücklich gemacht!" rief Arthur.

„Glauben Sie denn so zuverlässig, daß er das Feuer angelegt hat?"

„Ich glaube es, denn ich kann behaupten, daß ich keinen anderen Feind habe als ihn."

„Es ist noch nicht festgestellt, ob das Feuer durch ein Verbrechen entstanden ist."

„Es giebt keine andere Möglichkeit und dieser Wendel hatte einen heftigen Streit mit meinem Geschäftsführer, er war erbittert, weil er aus der Arbeit entlassen wurde und damit auch den Gewinn verlor, der meinen andern Arbeitern in sicherer Aussicht stand. Er wandte sich an mich, damit ich den Befehl meines Geschäftsführers zurücknähme und als ich dies nicht that und nicht thun konnte, stieß er eine Drohung gegen mich aus."

„Erinnern Sie sich des Umstandes noch genau?"

„Ganz genau. Ich sagte ihm, die Fabrik könne nur durch die größte Ordnung gedeihen und die Ordnung verlange es, daß ich die Anordnung meines Geschäftsführers aufrecht erhalte. Da rief er mir höhnend zu